Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen

Flurbereinigung Delmetal, Verf.- Nr. 2369

- Plan nach § 41 FlurbG -

Planänderung Nr. 2

Erläuterungsbericht

Im Flurbereinigungsverfahren Delmetal sind folgende Änderungen und Ergänzungen des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen geplant. Diese stellen insgesamt wesentliche Änderungen des genehmigten Plans nach § 41 FlurbG dar und erfordern deshalb die Aufstellung der vorliegenden Planänderung Nr. 2.

Wegebau:

Bei den nachfolgend vorgestellten Wegebaumaßnahmen handelt es sich bis auf die Entwurfsnummer (ENr.) 171 um Planungen, die bereits Gegenstand der Planungen zu den Neugestaltungsgrundsätzen waren. Durch die jetzt absehbare Finanzierungsmöglichkeit sollen diese Maßnahmen zur Ausführung gelangen und werden deshalb in den Plan nach § 41 FlurbG durch diese Planänderung aufgenommen.

Entwurfsnummer 100.30

Entsprechend der Beanspruchung soll die bereits ausgebaute Strecke (ENr. 100.10+100.20) bis zur Verfahrensgrenze verlängert und in MSB (Bit.) hergestellt werden.

Entwurfsnummer 121

Dieser Erdweg entfällt, da eine nördlich Abfahrt von den Flächen zukünftig nicht erforderlich sein wird.

Entwurfsnummer 130.50, 130.60

Der Vorstand hält eine stärkere Beanspruchung gegenüber der früheren Planung für gegeben. Deshalb soll der Weg nun in Schotterbauweise mit bituminöser Anspritzung LB (DmB) auf vorhandenem Schotter ausgebaut werden. Die sich durch die bisherige Wegeführung (ENr. 130.30+130.40) ergebende enge Kurvenführung wird vom Vorstand auch vor dem Hintergrund der seiner Ansicht nach unzureichenden Kosten- Nutzenrelation abgelehnt. Dadurch entfällt auch die Rekultivierungsmaßnahme ENr. 773. Stattdessen wird der Weg in alter Trassenführung bis zur Verfahrensgrenze ausgebaut.

Die ENr. 504 wird in diesem Zusammenhang nur wenig östlich verlagert, da die bisherige unwirtschaftliche Restfläche, auf der diese Sukzessionsfläche angelegt werden sollte, durch die nun im alten Verlauf beibehaltende Trassenführung nicht mehr entstehen wird.

Entwurfsnummer (ENr.) 141.10, 141.20

Diese Straße ist sanierungsbedürftig und soll auch angesichts der Erschließungsfunktion in den zukünftigen Ausbau mit aufgenommen werden.

Entwurfsnummer (ENr.) 151.20, 151.30, 151.31 (Brückenbauwerk), 151.40, 151.50

Der Vorstand sieht hier die Notwendigkeit, die Straße in mittelschwerer Befestigung (MSB) auszubauen. Zur Verringerung des Durchgangsverkehrs wird die Straße als Betonspurbahn (SpB.) ge-

plant. Der Kreuzungsbereich mit den ENr. 150 und 160.10 mit den dort anliegenden Hofzufahrten wird in bituminöser Bauweise hergestellt, um die Anbindung der Hofzufahrten zu erleichtern und im Kreuzungsbereich keine Befestigungswechsel mit aufwändigen Anpflasterungen zu haben. Die marode Betonbrücke über die Delme muss auf Grund eingeschränkter Traglast erneuert werden. Der Anschluss an die Landesstraße bis zur letzten Hofzufahrt, die etwa 70 – 80 m von der Aufmündung entfernt ist, soll in MSB (Bit) hergestellt werden. Dies wird durch die ENr. 151.20 und die vorhandene Planung unter ENr. 151.10 (bereits genehmigt) erreicht.

Entwurfsnummer 155.10, 155.20, 155.30

Der Weg soll als Fortsetzung der ENr. 151 ebenfalls als Betonspurbahn hergestellt werden. Ab der Hofstelle bis zur Aufmündung auf den Weg „Zur Brake“ (ENr. 126) wird in bituminöser Bauweise hergestellt, um die häufigen Zufahrten zu der Hofstelle (Autowerkstatt) zu erleichtern. Die Aufmündung (ENr. 155.30) ist aufzuweiten, um ein gefahrloses Ab- und Einbiegen zu gewährleisten und den dort befindlichen Hydranten zu sichern.

Entwurfsnummer 171

Die Aufnahme des Weges „Zur Brunkhorst“ erfolgt, um einen späteren Ausbau planungsrechtlich abgesichert zu haben. Ein naturschutzfachlicher Eingriff ist damit nicht verbunden. Dieser Weg war bisher nicht in den Planungen und den NGG enthalten.

Entwurfsnummer 176.10, 176.20

Der Weg soll aus Unterhaltungsgründen in Schotterbauweise als LB (DoB) hergestellt werden. Die ersten 80 m des Weges in der Kurve zum Brümser Kamp (ENr. 176.10) sollen hinsichtlich der dort auftretenden Belastungen stärker befestigt in MSB (Bit.) ausgebaut werden.

Entwurfsnummer 186.30

Der Üssinghäuser Weg besitzt eine hohe Erschließungsfunktion für die landwirtschaftlichen Flächen im östlichen Verfahrensgebiet. Mit diesem Ausbau erfolgt der Lückenschluss zwischen den bereits ausgebauten Teilstücken (ENr. 185 + 186.20). Die Befestigung erfolgt daher ebenfalls in MSB (Bit.)

Ausgleichsmaßnahmen:

E-Nr. 504

Die bisherige Lage der ENr. 504 war durch die beabsichtigte Trassenführung des Weges ENr. 130.40 definiert. Durch den Wegfall dieser Verschwenkung, sh. o. unter ENr. 130.50 und 130.60 wird auch die dortige keilförmige Restfläche entfallen. Aus agrarstrukturellen Gründen wird die Maßnahme in die Spitze der östlichen Ackerfläche verlagert und um 600 m² vergrößert. Die Sukzessionsfläche erfüllt auch in der neuen Lage die gewünschte Funktion als Vernetzungsbiotop und Extensivierungsfläche.

Gestaltungsmaßnahmen:

ENr. 613

Die Fläche diente im Zusammenhang mit der Delmeentwicklung als Zwischenlagerung von Boden aus dem Delmeaushub. Dies führte zu einer starken Verdichtung des Untergrundes. Die Fläche soll als Gestaltungsmaßnahme mit Anpflanzungen entwickelt werden. Die spätere Übernahme der Fläche durch die Stadt Twistringen wäre im Falle der Umsetzung noch zu beschließen.

Umweltverträglichkeit, Eingriffsregelung, besonderer Artenschutz

Im Rahmen der Abstimmung der Grundsätze für die Neugestaltung des Flurbereinigungsverfahrens mit der oberen Flurbereinigungsbehörde wurden die möglichen Beeinträchtigungen und ihre Erheblichkeit überschlüssig ermittelt. Auf Grundlage dessen wurde die Entscheidung getroffen, dass eine

Umweltverträglichkeitsprüfung für die Zulassung des Vorhabens nicht erforderlich ist, sh. Beiheft 2, Bek. d. LGLN v. 14.07.2011.

Gemäß § 5 Abs. 2 Satz 2 NUVPG ist bei vorliegender Genehmigung des Plans nach § 41 FlurbG eine erneute Vorprüfung des Einzelfalles im Zusammenhang mit der vorliegenden Planänderung Nr. 2 durch die Flurbereinigungsbehörde erforderlich.

Diese Vorprüfung wird nach Eingang der Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange und der gem. § 3 Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (UmwRG) anerkannten Naturschutzvereinigungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für diese 2. Planänderung durchgeführt.

Die neu in den Plan aufgenommenen bzw. geänderten Maßnahmen stellen zum Teil einen Eingriff im Sinne des Naturschutzrechts dar. Entsprechende Ausgleichsmaßnahmen sind Bestandteil des genehmigten Planes nach § 41 FlurbG und dieser Planänderung (ENr. 504). Der aktuelle Kompensationsbedarf ist durch die im Plan enthaltenen Ausgleichsflächen erfüllt, sh. S. 15 im Verzeichnis der Anlagen und Festsetzungen.